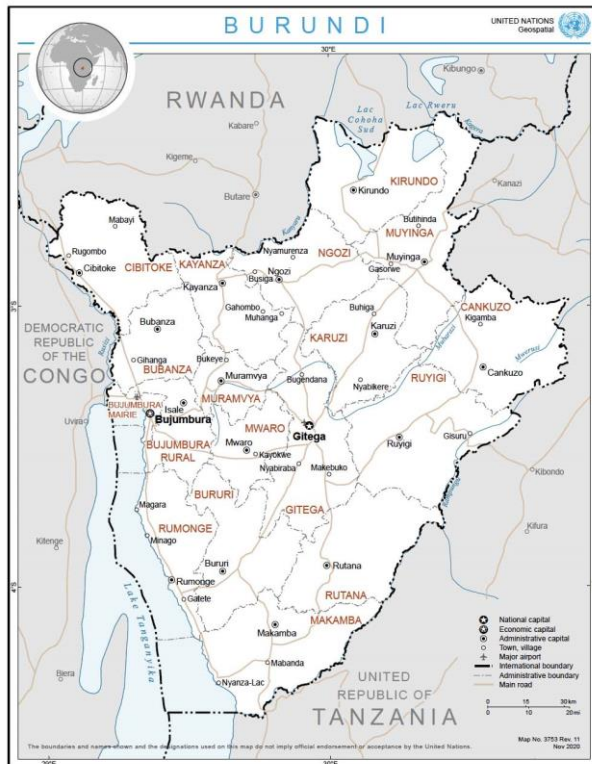


# Factsheet Burundi

Januar 2024

## 1 Facts & Figures



Karte: [Vereinte Nationen](#), 2020

**Gesamtbevölkerung:** [12,9 Millionen](#), davon sind ungefähr [46 Prozent](#) unter 15 Jahre alt.

**Sprachen:** Die Amtssprachen sind [Kirundi](#) und [Französisch](#). [2014](#) wurde auch Englisch aufgenommen, aber es wird wenig gesprochen. Ausserdem wird Suaheli gesprochen.

**Ethnische Zusammensetzung:** [Die Mehrheit sind Hutu](#) (85 Prozent), Tutsi (15 Prozent) und Twa (1 Prozent). Eingewandert sind Menschen aus Europa und Südasien sowie Flüchtlinge aus der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik und aus Ruanda.

**Religion:** [Die vorherrschende Religion](#) ist das Christentum. 63,7 Prozent bezeichnen sich als Katholik\*innen, 25,2 Prozent als Protestant\*innen und 6 Prozent als zugehörig zu anderen christlichen Religionen. Ungefähr 2 Prozent bezeichnen sich als Muslim\*innen und ungefähr 3

Prozent gehören einer traditionellen Religion an.

**Republik mit Präsidialsystem, die seit 2005 vom CNDD-FDD dominiert wird.** Burundi ist eine Republik mit Präsidialsystem. Alle Macht konzentriert sich beim Präsidenten und seiner Partei, dem *Conseil National Pour la Défense de la Démocratie – Forces pour la Défense de la Démocratie* (CNDD–FDD). Der Präsident des CNDD-FDD, Évariste Ndayishimiye, wurde 2020 als Nachfolger von Pierre Nkurunziza gewählt. Im September 2022 bestimmte er Gervais Ndirakobuca zum Premierminister. Korruption ist [endemisch](#) und strukturell. Im Korruptionsindex liegt das Land auf Platz [171 von 180](#).

## 2 Risikoprofile

- Personen, die [gegen die Regierung](#) oder deren Vertreter\*innen sind oder als solche wahrgenommen werden:
  - Mitglieder oder Sympathisant\*innen von Oppositionsparteien, insbesondere des *Congrès national pour la liberté* (CNL).
  - Mitglieder oder Sympathisant\*innen von Rebellengruppen.

- Personen, die [der Regierung](#) oder deren Vertreter\*innen kritisch gegenüberstehen oder als solche wahrgenommen werden:
  - [Journalist\\*innen](#) und andere Medienschaffende
  - [Menschenrechtsaktivist\\*innen](#)
  - Mitglieder von Organisationen der [Zivilgesellschaft](#)
- **[Frauen und Mädchen](#)**:
  - sind [sexueller Gewalt](#) und häuslicher Gewalt ausgesetzt
  - sind von [Menschenhandel](#) zu sexuellen Zwecken und Zwangsprostitution betroffen
  - sind Opfer von [diskriminierenden Gesetzen](#) im Erb- und Scheidungsrecht
  - [alleinstehende Mütter und ledige Frauen](#), insbesondere [repatriierte Frauen](#), sind besonders gefährdet, da sie stark stigmatisiert und ausgegrenzt werden
- [Kinder](#) sind von [Zwangsrekrutierung](#), Menschenhandel und Zwangsarbeit bedroht
- [LGBTQI+](#)-Personen werden Opfer von Diskriminierung, Gewalttaten und [willkürlichen Festnahmen](#).

### 3 Allgemeine Situation

**Die Regierungspartei CNDD-FDD verfolgt trotz Wechsel des Präsidenten im Jahr 2020 und einer gewissen Entspannung eine repressive Politik. Kontinuität der Regierung Ngurunziza.** Der CNDD-FDD, der während des burundischen Bürgerkrieges (1993-2005) die grösste Rebellenbewegung war, übt weitreichenden autoritären Einfluss auf das politische Leben aus. Seit dem Putschversuch von 2015 verstärkte sich dieser Einfluss weiter. Nach seiner Machtübernahme im Jahr 2020 sprach sich der Präsident Ndayishimiye für eine Verringerung der Spannungen auf nationaler und internationaler Ebene aus. Deshalb wurden zwischen 2021 und 2022 die meisten [internationalen Sanktionen](#) aufgehoben. Diese Entscheidung wurde von der Zivilgesellschaft stark [kritisiert](#). Sie prangern Menschenrechtsverletzungen an, die zwar «weniger eklatant» seien, aber immer noch strukturell und [von Sicherheitskräften, dem nationalen Geheimdienst und den Imbonerakure](#) verübt würden. Die Zivilgesellschaft prangert auch die [Weiterführung der repressiven Regierung](#) unter Ndayishimiye nach 2015 an.

**Ethnische Dimension des Konflikts und Hassreden als politisches Mittel.** Über der aktuellen politischen Lage schwebt das Gespenst der Geschichte der völkermörderischen Massaker zwischen Hutu und Tutsi, die während des gesamten 20. Jahrhunderts regelmässig verübt wurden. Da das Land bis 1993 von einer mit der Tutsi-Minderheit assoziierten Regierung und Armee beherrscht wurde, griff die Regierung Ngurunziza auf [ethnische Hassreden](#) zurück, um sich [selbst zu legitimieren](#). So wurde die Opposition gegen das CNDD-FDD-Regime als Streben der Tutsis nach Macht dargestellt, auch wenn die Opposition von den Hutu ausging. So werden Personen regelmässig allein aufgrund ihrer [politischen oder ethnischen Zugehörigkeit](#) oder anstelle von Verwandten, die aus denselben Gründen gesucht werden, [ins Visier genommen](#). Zu diesen [Hassreden kommt es auch heute noch](#), oftmals um die Wahltermine herum.

### 4 Jüngste Entwicklungen

#### 4.1 Politische Lage

**Machtkämpfe innerhalb des CNDD-FDD.** Im September 2022 wurde der seit 2020 amtierende Premierminister Alain-Guillaume Bunyoni, der nach den Vorkommnissen im Mai

2015 zum Minister der öffentlichen Sicherheit ernannt worden war, eines Putschversuchs [beschuldigt](#) und durch den früheren Geheimdienstchef Gervais Ndirakobuca ersetzt. Im Dezember 2023 wurde er zu [lebenslanger Haft verurteilt](#).

**Verfolgung von politischen Gegner\*innen geht weiter. Die wichtigste Oppositionspartei wurde suspendiert.** Personen, die verdächtigt werden, der Opposition anzugehören, werden [Opfer von Belästigungen, Verschwindenlassen und willkürlichen Verhaftungen, Folter und Tötungen](#) durch die Behörden oder den *Imbonerakure*. Der [Sonderberichterstatter zur Menschenrechtssituation in Burundi](#) berichtet, dass trotz einer scheinbaren Beruhigung der Lage solche Fälle täglich vorkommen. Er berichtet ebenfalls, dass insbesondere die grösste Oppositionspartei CNL unterdrückt werde und dass alle, die eine von der Regierungspartei abweichende Meinung vertreten, als «Feind» behandelt werden. Im Juni 2023 wurde die CNL von allen Aktivitäten [suspendiert](#). Im Oktober 2023 wurde der Präsident der Oppositionspartei *Conseil pour la démocratie et le développement durable au Burundi* (CODEBU) eines «Angriffs auf die innere Staatssicherheit» [beschuldigt](#).

**Unterdrückung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien.** Im Oktober 2023 stellte der Sonderberichterstatter zur Menschenrechtssituation in Burundi eine «[Verkleinerung des zivilen Raums](#) und zunehmenden Druck auf politische Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Medien» im Vorfeld der Parlaments- und Kommunalwahlen 2025 fest. Mitglieder der Zivilgesellschaft werden aufgrund von Sicherheitsvorwürfen [verhaftet](#). Im Februar 2023 wurden fünf Menschenrechtsverteidiger\*innen aufgrund von ihnen vorgeworfenen Verbindungen mit ausländischen internationalen Organisationen [verhaftet](#). Sie wurden im April 2023 freigelassen, doch zwei von ihnen wurden der Rebellion schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 50'000 burundischen Franc (CHF 15.-) und einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Gleichzeitig wurde die burundische Journalistin Floriane Irangabiye wegen «Verletzung der Integrität des nationalen Territoriums» zu zehn Jahren Gefängnis [verurteilt](#).

**Bruch mit den internationalen Kontrollorganen.** Im Juli 2023 [zogen sich die burundischen Behörden](#) von der universellen periodischen Überprüfung (Universal Periodic Review, UPR) ihres Landes vor dem Menschenrechtsrat zurück. Im Jahr 2017 war Burundi als erstes Land [aus dem Internationalen Strafgerichtshof \(IStGH\) ausgetreten](#). Gemäss vorläufigen Schätzungen, die auf den [Ermittlungen](#) des IStGH wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beruhen, ist es zwischen 2015 und 2017 zu mindestens 1200 Toten und 400'000 Vertriebenen sowie zu Tausenden illegal inhaftierten und gefolterten Menschen und Hunderten Vermissten gekommen.

## 4.2 Sicherheitslage

**Weniger burundische Soldaten in DR Kongo.** Im September 2023 waren immer noch ungefähr [3200 burundische Soldaten](#) in der DR Kongo stationiert. Im Dezember 2023 wurde ein Teil der Truppen abgezogen, nachdem der Einsatz der regionalen Truppe von Kinshasa [nicht verlängert](#) wurde. Die burundischen Truppen bleiben aufgrund bilateraler Verträge mit Kinshasa in DRK.

**Die Angriffe der Rebellengruppe RED-Tabara gehen trotz eines rückläufigen Trends weiter.** Am 20. Dezember 2023 bekannte sich die Rebellengruppe RED-Tabara [zu einem Angriff](#) in der Grenzstadt Vugizo. Laut der Regierung starben dabei 20 Menschen,

hauptsächlich Zivilpersonen. Im September 2023 [bekannte](#) sich die Gruppe zu ihrem ersten Angriff nach zwei Jahren. Seit 2021 ist sie sehr viel weniger aktiv: Im Jahr 2020 war sie für zwölf [tödliche Angriffe](#) verantwortlich, 2021 für drei und [im Jahr 2022 wurden ihr keine Angriffe zugeschrieben](#). Die Gruppe, die lange Zeit als grösste Rebellengruppe des Landes galt und seit ihrer Gründung nach der Krise von 2015 für viele Angriffe auf Behörden und Zivilpersonen verantwortlich ist, zählt heute nur noch zwischen 500 und 800 Kämpfer. Die Regierungspartei sieht die RED Tabara aber immer noch als «[schwarzes Schaf](#)» und verhaftet Regierungsgegner mit dem Vorwurf, Komplizen der RED Tabara zu sein.

**Rückgang der Aktivitäten der FNL.** Bei den *Forces nationales pour la libération* (FNL), der anderen grossen bewaffneten Rebellengruppe, wurde ebenfalls ein Rückgang der Aktivitäten beobachtet, da es [seit 2020 kaum noch Übergriffe](#) oder Angriffe von ihr gab und sie angeblich [durch die Einsätze in der DR Kongo](#) geschwächt wurde. Es wurde jedoch berichtet, dass es im August 2023 in der burundischen Provinz Cibitoke zu [Zusammenstössen](#) zwischen der Gruppe und den Streitkräften gekommen war.

### 4.3 Menschenrechtsverletzungen

**Die *Imbonerakure* sind weiterhin für viele Menschenrechtsverletzungen verantwortlich.** Die dem CNDD-FDD angegliederte «*ligue de jeunesse*» (Jugendliga) deren Mitglieder gemeinhin als *Imbonerakure* bezeichnet werden, sind eines der wichtigsten Instrumente des Repressionsapparats der Machthaber. Sie agieren als Staatsagenten, schikanieren und schüchtern die Bevölkerung und vermeintliche Gegner ein und sind gemeinsam mit dem nationalen Geheimdienst für zahlreiche Morde und das Verschwindenlassen von Personen verantwortlich. Wie die Polizei und der nationale Geheimdienst geniessen die *Imbonerakure* in der Regel ebenfalls [Straffreiheit](#).

**Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden. «Systematischer» Einsatz von Folter.** Zwischen 2015 und 2023 [erfasste](#) die burundische Menschenrechtsliga ( Ligue burundaise des droits de l'homme, ITEKA) 13'072 willkürlich verhaftete Personen, 4040 getötete Personen, 1381 gefundene Leichen, 1225 Folteropfer, 697 entführte Personen und 611 Opfer sexueller Gewalt. Es wurde festgestellt, dass Folter von Seiten der Behörden, insbesondere innerhalb des Geheimdienstes, «systematisch» sei. Die meisten Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind tatsächliche oder angenommene Mitglieder von Oppositionsgruppen oder Personen, die als regierungskritisch gelten, wie Journalist\*innen oder Menschenrechtsverteidiger\*innen.

**Stigmatisierung und Belästigung von Rückkehrer\*innen.** Burundische Rückkehrer\*innen werden regelmässig [diskriminiert](#) und bedroht. Ihnen wird Landesverrat vorgeworfen, und sie werden von den *Imbonerakure* als Regimegegner\*innen bezeichnet. Einige müssen höhere Preise bezahlen oder werden dazu gezwungen, an die Regierungspartei zu spenden. Personen, die einen [Antrag auf internationalen Schutz](#) eingereicht haben, können als politische Oppositionelle eingestuft werden.

**LGBTQI+-Gemeinschaft wird von der Justiz angegriffen und verfolgt.** Die burundische Verfassung verbietet die Heirat zwischen gleichgeschlechtlichen Personen ausdrücklich, und das Strafgesetzbuch bestraft sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen des gleichen Geschlechts mit bis zu zwei Jahren Gefängnis. Im Februar 2023 wurden 20 Personen während eines Seminars einer NGO gegen Aids [verhaftet](#). Zu diesem Anlass rief der Präsident

die Bevölkerung dazu auf, homosexuelle Personen zu «verbannen», da sie als verflucht gelten und «ausgestossen» werden sollten. Personen, die der Homosexualität schuldig gesprochen werden, können für drei Monate bis zwei Jahre Gefängnis verurteilt werden.

#### 4.4 Praxis der Schweizer Behörden

**Niedrige Schutzrate und abnehmende Gesuchszahlen.** Am 7. November [2023](#) verzeichnete das Staatssekretariat für Migration (SEM) für das Laufjahr 145 Asylgesuche von Personen aus Burundi. Die Rate für Asylanerkennung lag bei 7,3 Prozent und die Schutzrate (positive Entscheide und vorläufige Aufnahmen) bei 9,3 Prozent. Im Vergleich dazu lagen die Raten [im Jahr 2022](#) bei 2,6 Prozent bzw. 5,7 Prozent bei 1191 neuen Gesuchen und [im Jahr 2021](#) bei 27,3 Prozent bzw. 54,5 Prozent bei zehn neuen Gesuchen.